

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern = Rapport sur la gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport
sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - (1975)

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417876>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern

Rapport sur la gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

1. Gesamtgericht

1.1 Als Nachfolger des am 1. Januar 1975 verstorbenen Hubert Piquerez, gewesener Gerichtspräsident in Pruntrut, wurde am 11. Februar 1975 durch den Grossen Rat gewählt: Michel Girardin, Jugendgerichtspräsident in Münster.

1.2 Während des Berichtsjahres war als Kammerschreiber für die französischen Fälle tätig: Jean-Claude Gavillet anstelle der zurückgetretenen Frau Gani.

1.3 Am 15. Dezember 1975 hielt das Gesamtgericht eine Sitzung ab, an welcher verschiedene Organisationsfragen beraten wurden.

2. Verwaltungsgericht

2.1 Die Kammerzusammensetzung hat im Berichtsjahr keine Änderung erfahren.

2.2 Im Berichtsjahr sind 108 neue Geschäfte eingegangen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit die Geschäftslast zahlenmässig leicht vermindert. Dieser Rückgang betrifft in erster Linie die Beschwerden gegen Entscheide der Kantonalen Rekurskommission auf dem Gebiete der direkten Steuern, die Beschwerden gegen Verwaltungsentscheide sowie die Streitigkeiten, die vom Verwaltungsgericht als einziger Instanz zu beurteilen sind (vgl. Ziffern 2.1, 3.1 und 3.2 der Statistik). Insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts dürfte diese Entwicklung jedoch nicht von Dauer sein, da namentlich die Auseinandersetzungen zur amtlichen Bewertung der Grundstücke in vollem Gange sind und auch die zahlreichen Streitigkeiten betreffend die Veranlagungsperiode 1975/76 – von Ausnahmen abgesehen – noch nicht bis vor Verwaltungsgericht getragen worden sind. Ferner ist festzuhalten, dass das Verwaltungsgericht vermehrt zur Beurteilung grundsätzlicher Rechtsprobleme angerufen wird, insbesondere auf den Gebieten des Baurechts, des Beitrags- und Gebührenrechts sowie des Enteignungsrechts. Was das Bau- und Planungsrecht anbelangt, so hat sich im Berichtsjahr insoweit eine Klärung ergeben, als das Schweizerische Bundesgericht das Verwaltungsgericht im Zusammenhang mit der Beurteilung einer staatsrechtlichen Beschwerde eingeladen hat, sämtliche Verwaltungsentscheide, welche die Erteilung oder Verweigerung einer Baubewilligung betreffen, umfassend, d. h. auch unter dem Gesichtswinkel des Bundesrechts (Gewässerschutzrecht, Raumplanungsrecht), zu überprüfen. Das Verwaltungsgericht hat sich den vom Schweizerischen Bundesgericht angestellten Überlegungen nicht verschliessen können und nimmt fortan eine umfassende Überprüfungsbefugnis im soeben umschriebenen Sinn für sich in Anspruch in der Meinung, dadurch zur Rechtssicherheit beizutragen. Es ist deshalb an den Regierungsrat gelangt mit dem Ersuchen,

1. Tribunal plénier

1.1 Le 11 février 1975, le Grand conseil a désigné M. Michel Girardin, président du Tribunal des mineurs à Moutier, comme successeur de M. Hubert Piquerez, ancien président du Tribunal de Porrentruy, décédé le 1^{er} janvier 1975.

1.2 Pendant l'exercice écoulé, M. Jean-Claude Gavillet a succédé comme greffier de chambre pour les affaires de langue française à M^{me} Gani, démissionnaire.

1.3 Le 15 décembre 1975, le Tribunal plénier a tenu une séance au cours de laquelle il a abordé différentes questions d'organisation.

2. Tribunal administratif

2.1 Pendant l'exercice écoulé, aucun changement ne s'est produit dans la composition des chambres.

2.2 108 nouvelles affaires ont été introduites au cours de l'exercice écoulé. Au point de vue numérique, le volume des affaires a ainsi quelque peu diminué depuis l'année précédente. On a surtout enregistré une baisse dans le nombre des pourvois contre les décisions de la Commission cantonale de recours en matière d'impôts directs, des recours contre des décisions administratives ainsi que des litiges sur lesquels le Tribunal administratif doit statuer comme instance unique (cf. ch. 2.1, 3.1 et 3.2 de la statistique). Il convient toutefois de relever que cette situation, en particulier dans le domaine du droit fiscal, ne devrait pas se maintenir. En effet, les contestations en matière d'estimation officielle des immeubles sont maintenant bien engagées. D'autre part, de nombreux litiges concernant la période fiscale 1975/1976 – à l'exception de quelques-uns – n'ont pas encore été portés devant le Tribunal administratif. Il importe également de remarquer que le Tribunal administratif est de plus en plus appelé à statuer sur des problèmes juridiques soulevant des questions de principe, notamment dans le domaine du droit des constructions et des expropriations ainsi que du droit d'exiger des contributions et de percevoir des émoluments. S'agissant du droit des constructions et de l'aménagement du territoire, l'exercice écoulé a apporté un éclaircissement dans ce domaine dans la mesure où le Tribunal fédéral a invité le Tribunal administratif, dans le cadre d'un jugement statuant sur un recours de droit public, à examiner d'une manière approfondie – en d'autres termes sous l'angle du droit fédéral également (droit de protection des eaux et d'aménagement du territoire) – toutes les décisions administratives portant sur l'octroi ou le refus d'un permis de construire. Le Tribunal administratif a dû tenir compte des considérations émises par le Tribunal fédéral et s'arroge désormais un pouvoir d'examen complet dans le domaine précité, dans l'idée d'apporter ainsi une contribution à la

sämtliche Entscheidungen über Baubeschwerden, welche die Erteilung oder Verweigerung einer Baubewilligung betreffen, mit einer entsprechenden Rechtsmittelbelehrung zu versehen. – Auf dem Gebiet des Enteignungsrechts ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Begriff der materiellen Enteignung im Gange, namentlich im Zusammenhang mit der Beurteilung von Rückzonungen einerseits und der Zuweisung von Grundstücken zum übrigen Gemeindegebiet im Rahmen der vom Baugesetz vorgesehenen Ortsplanung andererseits. Daraus erhellt, dass aus dem zahlenmässigen Absinken der Eingänge keineswegs auf eine Verminderung der Geschäftslast geschlossen werden darf. Vielmehr ist generell festzuhalten, dass das Verwaltungsgericht – ähnlich wie die Verwaltungsgerichte in anderen Kantonen – gerade wegen der ständigen Entwicklung des öffentlichen Rechts und der daraus sich ergebenden präjudizierenden Wirkung seiner Rechtsprechung zu wichtigen Grundsatzfragen stark belastet bleibt. Dies äussert sich namentlich auch in einer ausserordentlich vielfältigen und intensiven Inanspruchnahme der nebenamtlichen Richter.

2.3 Von den im Berichtsjahr neu eingegangenen 108 Geschäften entfallen 14 auf die französischsprachige II. Kammer bzw. auf deren Präsidenten. Die Verteilung nach Sprachen hat sich somit gegenüber dem Vorjahr prozentual nicht wesentlich verändert.

2.4 Im Berichtsjahr konnten 141 Geschäfte beurteilt werden. Davon entfallen 26 auf die französischsprachige II. Kammer. Demnach mussten 87 Geschäfte (gegenüber 120 im Vorjahr) als unerledigt auf 1976 übertragen werden. Dabei handelt es sich um 73 Geschäfte der I. Kammer (deutsch) und um 14 Geschäfte der II. Kammer (französisch). Davon sind 46 bzw. 8 Geschäfte im Berichtsjahr eingegangen. Von den noch hängigen 27 deutschsprachigen Fällen aus den Vorjahren sind 10 sistiert. In einem Enteignungsfall, der nach der alten Zählweise (vgl. Ziff. 2.2 des Geschäftsberichts 1974) noch mit der Zahl 12 in der Statistik figuriert, steht die Begutachtung durch einen Sachverständigen unmittelbar vor dem Abschluss. Das gleiche gilt für drei weitere Fälle aus den Vorjahren. Die übrigen zwei Fälle aus den Vorjahren stehen in sachlichem Zusammenhang mit Geschäften, die im Berichtsjahr anhängig gemacht wurden, und sind zusammen mit diesen zu beurteilen. Nach dem Stand der Instruktion kann mit der Erledigung aller noch hängigen und nicht sistierten Fällen aus den Vorjahren (1974 und früher) bis Ende 1976 gerechnet werden. – Im Berichtsjahr fanden 28 Kammersitzungen (21 der I. Kammer und 7 der II. Kammer) sowie 2 Plenarsitzungen statt. Ferner wurden einzelne Mitglieder des Gerichts sowie die Kammerpräsidenten durch 29 Augenscheine und Instruktionsverhandlungen, wovon 26 durch die I. Kammer (deutsch) und 3 durch die II. Kammer (französisch), in Anspruch genommen.

2.5 56 Geschäfte wurden von den vollamtlichen Mitgliedern des Gerichts als Einzelrichter erledigt (51 Fälle durch den Präsidenten der I. Kammer, 5 durch den Präsidenten der II. Kammer).

2.6 Gegen sieben im Berichtsjahr zugestellte Urteile wurde beim Schweizerischen Bundesgericht staatsrechtliche bzw. verwaltungsgerichtliche Beschwerde erhoben. Das Schweizerische Bundesgericht hat noch im Berichtsjahr sämtliche Beschwerden abgewiesen, ebenso eine aus dem Vorjahr hängige staatsrechtliche Beschwerde. Gegenwärtig ist beim Schweizerischen Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde gegen ein Urteil betreffend eine Güterzusammenlegung hängig. Das Verfahren wurde jedoch mit Rücksicht auf die Arbeiten zur Ortsplanung eingestellt.

sécurité juridique. C'est la raison pour laquelle il a demandé au Conseil-exécutif de mentionner les voies de recours dans toutes les décisions statuant sur des recours en matière de droit des constructions et qui ont trait à l'octroi ou au refus d'un permis de construire. – En matière de droit d'expropriation, une discussion de principe touchant à la notion d'expropriation matérielle est engagée. Cette discussion est notamment en relation avec l'appréciation de l'effet du déclassement d'une part et avec l'affectation d'immeubles au reste du territoire communal, dans les limites de l'aménagement local prévu par la loi sur les constructions, d'autre part. Il résulte de ce qui précède que, même si le nombre des nouvelles affaires a diminué, l'on ne saurait d'aucune manière conclure à une réduction du volume de travail. Il faut plutôt constater que le Tribunal administratif – à l'instar des Tribunaux administratifs d'autres cantons – est toujours mis fortement à contribution, précisément en raison de l'évolution constante du droit public et de l'effet de précédent que peut avoir la jurisprudence qu'il établit sur d'importantes questions de principe. Cet état de fait entraîne notamment, et ce dans tous les domaines, une charge de travail intensive également pour les juges non permanents.

2.3 Sur les 108 affaires nouvelles introduites durant l'exercice écoulé, 14 furent du ressort de la II^e chambre de langue française, respectivement de son président. La répartition des affaires selon la langue ne s'est ainsi pas sensiblement modifiée, du point de vue du pourcentage, par rapport à l'année précédente.

2.4 Sur les 141 affaires jugées durant l'exercice écoulé, 26 l'ont été par la II^e chambre de langue française. 87 affaires (120 l'année précédente) non liquidées ont dû être reportées à l'année 1976. Il s'agit à cet égard de 73 affaires de la compétence de la I^{re} chambre (de langue allemande) et de 14 affaires ressortissant à la II^e chambre (de langue française). 46, respectivement 8 de celles-ci ont été introduites durant l'exercice écoulé. Sur les 27 anciens cas de langue allemande encore pendants, 10 sont suspendus. Dans un cas d'expropriation qui, selon l'ancien mode de recension, est encore coté à 12 dans la statistique (cf. ch. 2.2 du rapport de gestion 1974), les conclusions de l'expertise ordonnée seront incessamment connues. Il en va de même pour trois autres cas des années précédentes. Les deux dernières anciennes affaires sont étroitement liées quant au fond avec des cas dont la procédure a été suspendue durant l'exercice écoulé. Elles seront donc jugées conjointement avec ces derniers. Si l'on se base sur l'évolution de l'instruction, on peut compter que tous les cas encore pendants et non suspendus des années précédentes (1974 et années antérieures) seront liquidés à fin 1976. – Pendant l'exercice écoulé, le Tribunal administratif a tenu 28 séances de chambre (21 de la I^{re} et 7 de la II^e chambre) ainsi que deux séances plénières. En outre, des membres isolés du Tribunal ainsi que les présidents de chambre ont été occupés par 29 inspections des lieux et séances d'instruction dont 26 furent conduites par la I^{re} chambre (de langue allemande) et 3 par la II^e chambre (de langue française).

2.5 56 affaires ont été liquidées par les membres permanents du Tribunal en qualité de juge unique (51 cas par le président de la I^{re} chambre et 5 cas par le président de la II^e chambre).

2.6 Sept jugements rendus pendant l'exercice écoulé ont fait l'objet de recours de droit public ou de droit administratif au Tribunal fédéral. Ce dernier a rejeté, durant l'exercice écoulé encore, tous ces recours de même qu'un recours de droit public pendant depuis l'année précédente. Actuellement, un

2.7 Im Interesse einer besseren Dokumentation der Richter und Urteilsredaktoren erstellte das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr eine Urteilsbibliothek nach Stichworten (entsprechend der Kartothek der verwaltungsrechtlichen Kammer des Schweizerischen Bundesgerichts). Gegenwärtig sind darin sämtliche in den Jahren 1974 und 1975 zugestellten Urteile erfasst (etwa 250 Karten). Jeder Richter und jeder Urteilsredaktor verfügt über ein Exemplar der Kartothek, die laufend ergänzt wird. Die Dokumentation wurde im übrigen auch den Direktionen des Regierungsrats sowie ausgewählten Amtsstellen des Kantons zur Verfügung gestellt. Ferner sind Verhandlungen mit dem bernischen Anwaltsverband sowie mit dem bernischen Notariatsverband im Gange zur Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen die Kartothek auch den Verbandsmitgliedern zugänglich gemacht werden soll. – Endlich darf darauf hingewiesen werden, dass die grundsätzlichen Urteile des Verwaltungsgerichts – zusammen mit den Entscheidungen anderer Verwaltungsjustizbehörden – vom Februar 1976 an in einer neu konzipierten privaten Publikation («Bernische Verwaltungsrechtsprechung» BVR) veröffentlicht werden sollen, welche die «Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen» (MBVR) ersetzt.

3. **Versicherungsgericht**

3.1 Die Kammerzusammensetzungen und die Zuteilung der Geschäfte aus den verschiedenen Versicherungsgebieten haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

3.2 Wie sich aus der beiliegenden Statistik ergibt, sind im Berichtsjahr total 978 Beschwerden eingegangen. Das sind 302 mehr als im Vorjahr und fast doppelt so viele wie 1972. Eine Zunahme verzeichnen beinahe alle Versicherungszweige, besonders aber die Streitigkeiten aus der Invalidenversicherung, die von 408 auf 580, und diejenigen aus der Arbeitslosenversicherung, die von 3 auf 80 gestiegen sind.

3.3 Im Berichtsjahr sind 173 Prozesse anhängig gemacht worden, die in französischer Sprache zu führen waren. Das sind genau gleich viel wie im Vorjahr. Da aber die Gesamtzahl der Geschäfte zugenommen hat, ging der Anteil der französischen Fälle von 25 Prozent auf 17,7 Prozent zurück.

3.4 Das Versicherungsgericht musste zufolge der stark gestiegenen Geschäftslast 114 Sitzungen abhalten, nämlich die I. Kammer 56 Sitzungen, die II. Kammer 39 und die III. deren 19. Die Sitzungszahl ist gestiegen und erfordert heute einen Einsatz, der, vor allem bei den auch sonst stark beschäftigten nebenamtlichen Richtern, an der obersten Grenze liegt. Trotzdem dadurch total 687 Prozesse erledigt werden konnten, – eine bisher noch nie erreichte Zahl –, mussten 459 Geschäfte als unerledigt auf das Jahr 1976 übertragen werden. Es sind dies nicht ganz so viele wie 1972 – im ersten Jahr nach der Schaffung des neuen Versicherungsgerichts – eingegangen sind. Es ist offensichtlich, dass die jetzige personelle Organisation des Gerichts eine rasche Erledigung der Prozesse, wie sie Artikel 16 des Dekrets vom 24. Mai 1971 betreffend die Organisation des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts und das Verfahren vor dem Versicherungsgericht vorschreibt, verunmöglicht. Die Vorschrift

recours de droit public contre un jugement concernant un remaniement parcellaire est encore pendant devant le Tribunal fédéral. La procédure en a toutefois été suspendue, eu égard à des travaux d'aménagement local.

2.7 Dans le but d'améliorer la documentation des juges et des rédacteurs des jugements, le Tribunal administratif a établi durant l'exercice écoulé une cartothèque avec fiches résumant les jugements en termes lapidaires (cette cartothèque est analogue à celle de la Chambre de droit administratif du Tribunal fédéral). Elle contient pour l'instant tous les jugements rendus en 1974 et 1975 (250 fiches environ). Chaque juge et chaque greffier dispose d'un exemplaire de cette cartothèque qui est régulièrement complétée. Cette documentation a en outre également été mise à la disposition des Directions du Conseil-exécutif et d'offices déterminés de l'administration cantonale. Enfin, des pourparlers sont en cours avec l'Association des avocats bernois ainsi qu'avec l'Association des notaires bernois. Il s'agit de savoir si et, le cas échéant, sous quelles conditions les membres de ces associations pourraient également bénéficier de la cartothèque. – Il convient encore de souligner que les principaux arrêts du Tribunal administratif – conjointement avec des décisions d'autres autorités administratives – seront publiés, à partir de février 1976, dans une édition privée nouvellement conçue («Jurisprudence administrative bernoise» JAB). Cette publication remplacera la «Revue mensuelle pour le droit administratif et le notariat du canton de Berne» (RMDA).

3. **Tribunal des assurances**

3.1 Pendant l'exercice écoulé aucun changement n'est intervenu dans la composition des chambres et la répartition des affaires.

3.2 Ainsi qu'il ressort de la statistique ci-jointe, 978 recours ont été introduits au cours de l'exercice écoulé, soit 302 de plus que l'année précédente et presque deux fois plus qu'en 1972. Presque toutes les branches d'assurance accusent une augmentation, mais celle-ci est plus particulièrement sensible en matière d'assurance invalidité, où le nombre des litiges a passé de 408 à 580 et en matière d'assurance chômage, où il a passé de 3 à 80.

3.3 Au cours de l'exercice écoulé 173 affaires de langue française ont été introduites, soit exactement autant que l'année précédente. Cependant, comme le chiffre total des affaires a augmenté, la part de celles de langue française a diminué de 25% à 17,7%.

3.4 En raison de la forte augmentation du nombre des affaires, le Tribunal des assurances a tenu 114 séances, à raison de 56 pour la I^e chambre, 39 pour la II^e et 19 pour la III^e. Le nombre des séances a crû et exige aujourd'hui un engagement qui a atteint un plafond, surtout pour les juges non permanents déjà très occupés de surcroît. Bien que 687 affaires aient pu être liquidées (un chiffre encore jamais atteint à ce jour) 459 causes ont dû être reportées à l'année 1976. Soit pas tout à fait autant que le nombre des affaires jugées en 1972 – durant la première année après la constitution du nouveau Tribunal des assurances. Il est évident que l'actuelle organisation du personnel du Tribunal rend impossible une rapide liquidation des affaires, comme l'exige l'article 16 du décret du 24 mai 1971 sur l'organisation du Tribunal administratif et des assurances et sur la procédure devant le Tribunal des assurances. La disposition de l'article 24 dudit décret, qui veut que les jugements soient noti-

von Artikel 24 desselben Dekrets, die verlangt, dass Urteile innert 30 Tagen nach der Ausfällung schriftlich zu eröffnen sind, kann nur in den seltensten Fällen eingehalten werden. Aus diesen Gründen wurde bei der bernischen Justizdirektion ein Gesuch um sofortige sowie um langfristige Massnahmen zur Behebung der eingetretenen Schwierigkeiten in der Geschäftserledigung eingereicht.

3.5 Die vollamtlichen Richter erledigten als Einzelrichter 243 Geschäfte, also 24 mehr als im Vorjahr.

3.6 Von den durch ein Sachurteil erledigten 587 Fällen wurden 52 Urteile an das Eidgenössische Versicherungsgericht weitergezogen. Dieses hat im Berichtsjahr 72 Verwaltungsgerichtsbeschwerden beurteilt, worunter sich auch solche vom Vorjahr befinden, wobei es 53 abwies (74%), 5 guthiess (7%) und 11 Fälle (15%) zur Neuurteilung zurückwies. Zwei Fälle wurden durch Beschwerderückzug erledigt und auf eine Beschwerde wurde nicht eingetreten (4%).

3.7 Gesetzesrevisionen

AHV/IV/EL

Auf den 1. Januar 1975 trat die zweite Phase der achten AHV-Revision in Kraft (wobei das Parlament die Vorlage in ein Sofortprogramm auf 1. Januar 1975 und ein Programm auf weitere Sicht aufteilte). Sie brachte vor allem eine Heraufsetzung der AHV- und IV-Renten um rund einen Viertel (von 400 Franken bis 800 Franken auf 500 Franken bis 1000 Franken im Monat) und eine Erhöhung der Einkommensgrenzen bei den ausserordentlichen Renten und den Ergänzungsleistungen. Ferner hat der Bundesrat mit Rücksicht auf die Kostenentwicklung verschiedene Vergütungsansätze auf dem Gebiete der Eingliederungsmassnahmen in der IV erhöht.

AIV

Zur Bekämpfung von Beschäftigungs- und Einkommensbrüchen hat die Bundesversammlung am 20. Juni 1975 einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung (und des Arbeitsmarktes) erlassen mit Gültigkeit vom 1. Juli 1975 bis 31. Dezember 1978. Darin wurde vor allem eine erleichterte Aufnahme in die Versicherung ermöglicht sowie die Höchstzahl der Taggelder erhöht.

In Ziffer IV dieses Bundesbeschlusses wurde ferner Artikel 62 Absatz 2 KUVG abgeändert, indem die Versicherung durch die SUVA bei Bezügern von Entschädigungen gemäss AIVG erst mit Erlöschen des Anspruchs auf diese Entschädigungen endet. Der Bundesrat hat durch Abänderungen der AIVV vom 27. August 1975 und vom 19. November 1975 weitere Erleichterungen geschaffen für den Beitritt zur Arbeitslosenversicherung, so vor allem für Teilzeitbeschäftigte, Heimarbeiter, Personen die nach einer Ausbildung ins Erwerbsleben eintreten, Invalide und Anstaltsentlassene. Ferner wurde eine liberale Ordnung der Kontrollpflicht für Teilarbeitslose eingeführt und die administrative Durchführung vereinfacht. Dem bernischen Versicherungsgericht bereitete die Frage der Anwendung alten oder neuen Rechts in zur Zeit der Erlassänderung pendenten Fällen nicht geringe Schwierigkeiten, da es der Gesetzgeber in wesentlichen Punkten unterlassen hatte, Vorschriften über das intertemporale Recht aufzustellen.

fiés aux parties dans les 30 jours après avoir été rendus, ne peut être respectée qu'en de très rares cas. Pour ces raisons, une demande a été adressée à la Direction de la justice bernoise pour que des mesures, immédiates et à plus long terme, soient prises en vue de résoudre les difficultés qui sont apparues dans la liquidation des affaires.

3.5 Les juges permanents ont liquidé 243 affaires en qualité de juges uniques, soit 24 de plus que l'année précédente.

3.6 Parmi les 587 affaires qui ont été liquidées par jugement, 52 ont fait l'objet d'un recours au Tribunal fédéral des assurances. Ce dernier a jugé durant l'exercice écoulé 72 cas parmi lesquels figuraient également des affaires de l'année précédente; il en a rejeté 53 (74%), admis 5 (7%) et renvoyé 11 (15%) pour nouvelle décision. Deux cas ont été liquidés par le retrait du recours, et dans un cas le Tribunal fédéral des assurances n'est pas entré en matière.

3.7 Revisions de lois

AVS/AI/PC

C'est le 1^{er} janvier 1975 qu'est entrée en vigueur la deuxième phase de la 8^e revision de l'AVS (le Parlement a réparti la réalisation de cette revision en 2 phases l'une dans un programme d'urgence au 1^{er} janvier 1975 et l'autre à plus long terme). Elle comportait avant tout une augmentation des rentes AVS et AI d'environ un quart (de 400 à 800 fr. jusqu'à 500 à 1000 fr. par mois) et une élévation de la limite des revenus en matière de rentes extraordinaires et de prestations complémentaires. En outre, le Conseil fédéral, pour tenir compte de l'augmentation du coût de la vie, a relevé différents taux d'indemnité dans le domaine des mesures de réadaptation de l'AI.

AC

En vue de combattre le fléchissement de l'emploi et des revenus, l'Assemblée fédérale a édicté le 20 juin 1975 un arrêté fédéral urgent, de portée générale, instituant des mesures dans le domaine de l'assurance chômage et du marché du travail, pour la période du 1^{er} juillet 1975 au 31 décembre 1978, qui tendent surtout à faciliter l'admission à l'assurance et à élever le montant maximum des indemnités journalières.

L'article 62, alinéa 2, LAMA a été modifié par le chiffre IV de ce même arrêté fédéral, dans le sens que pour les bénéficiaires d'indemnités au sens de la LAC l'assurance auprès de la CNA ne prend fin que lorsque cesse le droit aux indemnités de chômage. Le Conseil fédéral, en modifiant le 27 août 1975 et le 19 novembre 1975 le règlement d'exécution de la LAC, a ménagé d'autres facilités pour l'admission à l'assurance chômage, avant tout pour les travailleurs à temps partiel ou à domicile, les personnes qui exercent une activité salariée à la fin de leur formation et les personnes libérées d'un établissement.

En outre, il a introduit une réglementation libérale de l'obligation de contrôle et simplifié son exécution sur le plan administratif. La question de l'application de l'ancien ou du nouveau droit aux cas pendant au moment de la modification de la législation a posé certaines difficultés au Tribunal des assurances du canton de Berne, étant donné que le législateur avait omis, sur des points importants, d'édicter des dispositions de droit transitoire.

KFZ

Auf den 1. Januar 1975 wurde die Kinderzulage nach dem bernischen Gesetz vom 5. März 1961 über Kinderzulagen für Arbeitnehmer auf 55 Franken im Monat erhöht.

3.8 Das Versicherungsgericht hat am 28. Mai 1975 eine Arbeitstagung durchgeführt, indem es das Nachbehandlungszentrum Bellikon der SUVA besuchte.

Bern, 27. Februar 1976

Im Namen des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts

Der Präsident: *Lüthi*
Der Gerichtsschreiber: *Schmid*

Allocations familiales

Les allocations familiales selon la loi bernoise du 5 mars 1961 sur les allocations pour enfants aux salariés ont été augmentées à 55 francs par mois, dès le 1^{er} janvier 1975.

3.8 Le 28 mai 1975 le Tribunal des assurances a tenu une séance de travail au cours de laquelle il a visité le Centre de cures complémentaires de la CNA à Bellikon.

Berne, 27 février 1976

Au nom du Tribunal administratif et des assurances,

le Président: *Lüthi*
le Greffier: *Schmid*

Sozialversicherungsrechtliche Streitsachen im Jahre 1975

Litiges découlant des assurances sociales en 1975

		1 Vom Vor- jahr 1974 über- nommen <i>Affaires reprises de l'année 1974</i>	2 1975 ein- gelangt <i>Affai- res intro- duites en 1975</i>	3 Total	4 Zu- gespro- chen <i>De- mandes adju- gées</i>	5 Abge- wiesen <i>De- mandes reje- tées</i>	6 Nicht- ein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Be- urteilt <i>Affai- res jugées</i>	8 Rückzug Gegen- standslos Vergleich <i>Retrait, sans ob- jet, trans- action, désiste- ment</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liqui- dées</i>	10 Unerle- digt auf 1976 über- tragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>		
AHV	VG	29	140	169	24	79	1	104		104	40	AVS	TA
	ER				5	9	3	17	8	25			JU
IV	VG	53	580	633	135	146	1	282		282	223	AI	TA
	ER				22	98	2	122	6	128			JU
FL	VG	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	AFA	TA
	ER												JU
EO	VG	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	APG	TA
	ER												JU
KFZ	VG	—	10	10	1	4		5		5	3	AF	TA
	ER				2			2		2			JU
KV	VG	26	85	111	5	13	2	20		20	44	AMAL	TA
	ER				1	1	4	6	41	47			JU
EL zu	VG	2	12	14	3	6		9		9	4	PC à	TA
AHV/IV	ER				1			1		1		l'AVS/AI	JU
SUVA	VG	42	48	90		14		14		14	56	CNA	TA
	ER								20	20			JU
EMV	VG	16	23	39		4		4		4	26	AM	TA
	ER				1	2		3	6	9			JU
AIV	VG	—	80	80	4	2		6		6	63	Ach	TA
	ER				2	3	2	7	4	11			JU
Total		168	978	1146	206	381	15	602	85	687	459	Total	

Steuer- und verwaltungsrechtliche Streitsachen 1975

Litiges de droit fiscal et administratif en 1975

	1 Vom Vor- jahr 1974 über- nommen <i>Affaires pend- antes depuis 1974</i>	2 1975 ein- gelangt <i>Affai- res intro- duites en 1975</i>	3 Total	4 Zu- gespro- chen <i>De- mandes adju- gées</i>	5 Abge- wiesen <i>De- mandes écar- tées</i>	6 Nicht- ein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Be- urteilt <i>Affai- res jugées</i>	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos Vergleich <i>Retrait, sans ob- jet, trans- action, désiste- ment</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liqui- dées</i>	10 Un- erledigt auf 1976 über- tragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>		
1. Kompetenzkonflikte		2	2	2			2		2	—		1. Conflits de compé- tence
2. Steuerrechtliche Streitigkeiten												2. Litiges de droit fiscal
2.1 Beschwerden gegen Entscheide der Rekurs- kommission auf dem Ge- biete der direkten Staats- und Gemeindesteuern												2.1 Pourvois contre des décisions de la Commis- sion de recours en matière d'impôts directs de l'Etat et des communes
2.1.1 Verwaltungsgericht	17	27	44	2	23		25		25	17		2.1.1 Tribunal administratif
2.1.2 Der Präsident als Einzelrichter						1	1	1	2			2.1.2 Président, en qualité de juge unique
2.2 Beschwerden in Erb- schafts- und Schenkungs- steuersachen												2.2 Pourvois en matière de taxe des successions et donations
2.2.1 Verwaltungsgericht	1	8	9		1		1		1	5		2.2.1 Tribunal administratif
2.2.2 Der Präsident als Einzelrichter								3	3			2.2.2 Président, en qualité de juge unique
2.3 Beschwerden betref- fend Bestimmung des Ver- anlagungsortes und Be- messung der Steueranteile der Gemeinden (Art. 106 und 204 StG)												2.3 Pourvois concernant la fixation du lieu de taxation et le calcul des parts d'im- pôts des communes (art. 106 et 204 LI)
2.3.1 Verwaltungsgericht	1		1	1			1		1			2.3.1 Tribunal administratif
2.3.2 Der Präsident als Einzelrichter												2.3.2 Président, en qualité de juge unique
2.4 Weiterziehungen von Entscheiden des Regie- rungsstatthalters betref- fend besonderen Gemein- desteuern												2.4 Recours contre des dé- cisions du préfet concer- nant certains impôts com- munaux
Übertrag	19	37	56	5	24	1	30	4	34	22		A reporter

	1 Vom Vor- jahr 1974 über- nommen <i>Affaires pendantes depuis 1974</i>	2 1975 ein- gelangt <i>Affai- res intro- duites en 1975</i>	3 Total <i>Total</i>	4 Zu- gespro- chen <i>De- mandes adju- gées</i>	5 Abge- wiesen <i>De- mandes écar- tées</i>	6 Nicht- ein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Be- urteilt <i>Affai- res jugées</i>	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos Vergleich <i>Retrait, sans ob- jet, trans- action, désiste- ment</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liqui- dées</i>	10 Un- erledigt auf 1976 <i>Un- erledigt auf 1976 über- tragen Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>	
Übertrag	19	37	56	5	24	1	30	4	34	22	Report
2.4.1 Verwaltungsgericht											2.4.1 Tribunal administratif
2.4.2 Der Präsident als Einzelrichter											2.4.2 Président, en qualité de juge unique
2.5 Andere Streitigkeiten (Handänderungsabgabe, Motorfahrzeugsteuer usw.)											2.5 Autres litiges fiscaux (droits de mutation, taxe des véhicules à moteur, etc.)
2.5.1 Verwaltungsgericht	3	1	4	2	1	1	4		4		2.5.1 Tribunal administratif
2.5.2 Der Präsident als Einzelrichter											2.5.2 Président en qualité de juge unique
3. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten											3. Litiges de droit administratif
3.1 Als einzige kantonale Urteilsinstanz											3.1 Comme instance cantonale unique
3.1.1 Verwaltungsgericht	35	15	50	3			3		3	17	3.1.1 Tribunal administratif
3.1.2 Der Präsident als Einzelrichter				18	1		19	11	30		3.1.2 Président, en qualité de juge unique.
3.2 Beschwerden gegen Verwaltungsentscheide											3.2 Recours contre des décisions administratives
3.2.1 Verwaltungsgericht	25	20	45	6	15	1	22		22	13	3.2.1 Tribunal administratif
3.2.2 Der Präsident als Einzelrichter						2	2	8	10		3.2.2 Président, en qualité de juge unique
3.3 Weiterziehen von Entscheiden des Regierungstatthalters											3.3 Recours contre des décisions préfectorales
3.3.1 Verwaltungsgericht	8	11	19	4	4		8		8	7	3.3.1 Tribunal administratif
3.3.2 Der Präsident als Einzelrichter								4	4		3.3.2 Président, en qualité de juge unique
3.4 Beschwerden gegen Entscheide der kantonalen Bodenverbesserungskommission											3.4 Recours contre des décisions de la Commission cantonale des améliorations foncières
3.4.1 Verwaltungsgericht	5	7	12	2	3		5		5	4	3.4.1 Tribunal administratif
3.4.2 Der Präsident als Einzelrichter						1	1	2	3		3.4.2 Président, en qualité de juge unique
3.5 Beschwerden gegen Entscheide der Schätzungskommissionen in Enteignungssachen											3.5 Recours contre des décisions de la Commission d'estimation en matière d'expropriation
3.5.1 Verwaltungsgericht	25	8	33	5	2		7		7	23 ¹	3.5.1 Tribunal administratif
3.5.2 Der Präsident als Einzelrichter								3	3		3.5.2 Président, en qualité de juge unique.
3.6 Weiterziehung von Verfügungen betr. vorsorgliche Massnahmen											3.6 Recours contre des décisions concernant des mesures provisionnelle
3.6.1 Verwaltungsgericht		1	1		1		1		1		3.6.1 Tribunal administratif
3.6.2 Der Präsident als Einzelrichter											3.6.2 Président, en qualité de juge unique.
3.7 Weiterziehungen von Entscheiden der Jugendgerichte betreffend Vollzugskosten											3.7 Recours contre des décisions des Tribunaux de mineurs (frais d'exécutions)
3.7.1 Verwaltungsgericht		8	8	3	3		6		6	1	3.7.1 Tribunal administratif
3.7.2 Der Präsident als Einzelrichter								1	1		3.7.2 Président en qualité de juge unique
Total	120	108	228	48	54	6	108	33	141	87	Total

¹ Wovon 12 Fälle konnex (= 1 Fall nach der neuen Zählweise; vgl. Geschäftsbericht Verwaltungsgericht 1974, Ziff. 2.2) aus dem Jahre 1973.

